

A3 Leitantrag: Masken rauf, Nazis raus!

Gremium: LaVo
 Beschlussdatum: 05.12.2021
 Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

1 Deutschland hat ein Problem. Ein Problem mit Rechtsextremismus und völkischem
 2 Nationalismus. Und genau dieses Problem wird in den kommenden vier Jahren weiter
 3 wachsen. Auch bei dieser Bundestagswahl war eine rechtsextreme und rassistische
 4 Partei wieder so erfolgreich, dass sie in den Bundestag einziehen konnte.
 5 Deshalb wollen wir nochmal ein klares Zeichen setzen!

6 Kein Geld für Nazis!

7 Mit dem Wiedereinzug der AfD in den Bundestag hat die Partei laut geltenden
 8 Gesetzen und politischer Praxis einen Anspruch auf eine Förderung einer
 9 parteinahen Stiftung. Der Desiderius Erasmus Stiftung stehen laut Recherchen bis
 10 zu 70 Millionen Euro pro Jahr zu. Das bedeutet Antisemitismus, Rassismus &
 11 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie völkischer Nationalismus wird nicht
 12 nur finanziert, sondern bekommt auch ein Gesicht. Für uns als GRÜNE JUGEND
 13 Hessen ist klar: Parteinaher Stiftungen sollten nur dann Geld erhalten, wenn sie
 14 sich an Demokratie, Menschenrechten und Humanität orientieren. Es braucht
 15 endlich ein Gesetz mit dem dies sichergestellt werden kann. Es dürfen keine
 16 staatlichen Mittel und Ressourcen genutzt werden, um antisemitische,
 17 rassistische, nationalistische und menschenverachtende Positionen zu verbreiten!

19 Kein Fußbreit dem Faschismus!

20 Parteien, die die Erfolge von sozialen Bewegungen, Politiker*innen und
 21 Gewerkschaften zunichte machen und so unsere Freiheiten einschränken, müssen
 22 jederzeit mit unserem und dem Widerstand aller Demokrat*innen rechnen. Wir
 23 wissen: Rechtsextreme Parteien werden nicht trotz, sondern wegen ihrer
 24 menschenverachtenden Positionen gewählt. Gleichzeitig wären sie nicht so
 25 erfolgreich ohne ein generelles gesellschaftliches Klima, in dem Rassismus und
 26 andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten immer noch weit verbreitet sind.
 27 Zudem tragen die demokratischen Parteien, die z.B. deren rechte und restriktive
 28 Positionen in der Asylpolitik übernehmen, ihren Teil dazu bei.

29 Die AfD ist eine jugendfeindliche Partei. Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus
 30 dem Studium ihres 96-seitigen Grundsatzprogramms, in dem die „Jugend“ praktisch
 31 keine Erwähnung findet. Hier behauptet die AfD nur, dass Jugendliche immer
 32 brutalere Verbrechen begehen würden. Das zeigt eindeutig, wie populistisch und
 33 realitätsfern das Bild der Partei von der Jugend ist. Das kritisieren wir aufs
 34 Schärfste. Denn genau auf diese Weise wird Angst vor Jugendlichen geschaffen und
 35 geschürt.

36 Die rechten Parteien nutzen, wie viele rechte Bewegungen, die Meinungsfreiheit
 37 in der liberalen Demokratie um, wenn sie an der Macht sind, genau diese
 38 Meinungsfreiheit abzuschaffen. Für uns gilt: keine Toleranz der Intoleranz!

39 Probleme angehen - Nazis blockieren

40 Die selbsternannte Alternative bietet keine Lösungen, sondern weist nur auf
41 (häufig konstruierte) Probleme hin. Die demokratischen Parteien hingegen
42 versuchen tagtäglich die richtigen Probleme zu lösen und das Land zu gestalten.
43 Wir engagieren uns, damit Alle unter guten Bedingungen leben können –
44 gleichberechtigt und gemeinsam, ohne Armut und Ausgrenzung.

45 Für uns ist klar:

- 46 • Egal ob in der Stadt oder auf dem Land - keine rechte Veranstaltung ohne
47 das antifaschistische Gegenprotest organisiert wird
- 48 • Wir fordern Städte, Gemeinden und Privatleute auf, alle rechtlichen Mittel
49 in der Vergabe von Räumlichkeiten zu prüfen, damit die AfD und ihr
50 verbundene Organisationen keine Veranstaltungen dort durchführen können
- 51 • Antifaschistische, antirassistische und demokratiefördernde Initiativen
52 müssen wir unterstützen - in Hessen und auf Bundesebene z.B. über ein
53 umfassendes Demokratiefördergesetz
- 54 • Es braucht eine gute und nachhaltige Förderung von Präventions-,
55 Aussteiger- und Opferberatungsorganisationen

56 Wir sind vielfältig, demokratisch und antifaschistisch. Gemeinsam setzen wir ein
57 deutliches Zeichen und sagen den rechten Parteien und ihren Verbündeten: Auch in
58 Hessen seid ihr nicht willkommen! Kein Fußbreit dem Faschismus!

59

60 **Querdenker*innen blockieren!**

61 In den letzten Wochen hat sich die Corona-Pandemie weiter verschärft. Nicht
62 zuletzt durch die vielen Coronaleugner*innen, Querdenker*innen und lupenreinen
63 Nazis, die bei Demonstrationen oder Veranstaltungen Abstands- und Hygieneregeln
64 ignorieren und ihre menschenverachtenden Ideologien verbreiten. Auch dadurch
65 sind die Impffzahlen noch immer zu niedrig, um die Pandemie zu brechen.

66 Für uns als GRÜNE JUGEND Hessen ist deshalb klar: Wir brauchen eine
67 entschiedener Durchsetzung der Regeln und Strafen, für diejenigen, die diese
68 Regeln wissentlich ignorieren. Wir wollen gemeinsam Menschenleben schützen. Und
69 ganz besonders die Menschen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen
70 lassen können. In diesem Zuge sprechen wir uns für die Einführung einer
71 allgemeinen Impfpflicht aus und fordern die Prüfung der Einführung dieser. Wir
72 rufen zudem dazu auf, Veranstaltungen, soweit wie möglich, online durchzuführen
73 oder mindestens konsequent auf 2G+ zu setzen.

74 **Keine Bühne den Querdenker*innen!**

75 Die Querdenker*innen sind eine große Gefahr für unsere Demokratie. Gerade in den
76 letzten Tagen und Wochen hat sich die Szene noch einmal stark radikalisiert. In
77 den Corona-Protesten werden immer wieder die aktuellen Verhältnisse mit der NS-
78 Diktatur gleichgesetzt. Menschen im „Querdenken“-Milieu beschreiben sich als
79 „die Juden von heute“ und laufen auf Demonstrationen mit an die „Judensterne“
80 angelehnten „Ungeimpft“-Sternen herum. Damit wird die Shoah und das totalitäre
81 Regime der NSDAP verharmlost. Die beständige Relativierung der Verfolgung und
82 des Leides von NS-Opfern durch diese Instrumentalisierung ist verstörend und
83 zutiefst abstoßend und muss rechtlich angegangen werden. Für uns ist klar:
84 antisemitische und volksverhetzende Äußerungen müssen endlich richtig bestraft
85 werden! Geschichtsrevisionistische Aussagen dürfen wir nicht tolerieren!

Begründung

Erfolgt mündlich